

Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie

Presseinformation

Wiesbaden, 6. Juni 2018

1. ZWISCHENBERICHT ZUR ULTRAFEINSTAUB- BELASTUNG AM FRANKFURTER FLUGHAFEN AL-WAZIR / HINZ: „HESSEN NIMMT VORREITERROLLE EIN“

Jeden Tag sind wir einer Vielzahl von Feinstaub- und Ultrafeinstaubquellen ausgesetzt: Dem Abgas von Autos und LKW, dem aufgewirbelten Reifenabrieb an befahrenen Straßen, aber auch manche Heizung in Wohnräumen oder landwirtschaftliche Betriebe stoßen Feinstaub und häufig auch Ultrafeinstaub aus.

Während Feinstäube und ihre Wirkungen mittlerweile relativ gut erforscht und ihr Ausstoß gesetzlich begrenzt ist, liegen zum Einfluss von Ultrafeinstäuben, also besonders kleinen Partikeln, bislang nur wenig konkrete Erkenntnisse vor. Dies gilt für den Straßenverkehr, Flughäfen aber auch andere Ultrafeinstaubquellen gleichermaßen. Bislang fehlte es häufig schon an spezifische Langzeitmessungen – auch weil es bundes- und europaweit keine entsprechenden Vorgaben oder Verpflichtungen gibt.

Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie hat in den vergangenen Monaten die UFP-Konzentration im Umfeld des Frankfurter Flughafens gemessen und wissenschaftlich ausgewertet. Der erste Zwischenbericht mit Messergebnissen aus Raunheim und Frankfurt-Schwanheim wurde heute von Umweltministerin Priska Hinz und Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir vorgestellt. „Wir leisten mit dem Bericht Pionierarbeit. Das ist die umfangreichste Datenerhebung und Auswertung zur Ultrafeinstaubkonzentration im Nahbereich eines Flughafens, die es deutschlandweit gibt“, so die beiden Minister.

Welche konkreten Auswirkungen und möglicherweise auch gesundheitliche Folgen Ultrafeinstaubpartikel (UFP) auf den menschlichen Körper haben, ist bislang noch nicht hinreichend wissenschaftlich erforscht. Bislang gibt es dazu ausschließlich Laboruntersuchungen. Diese toxikologischen Studien weisen auf eine hohe Lungengängigkeit der ultrafeinen Partikel hin. Hinz: „Das war der Auslöser für uns zu sagen: Wir wollen die Luftbelastung im Umfeld des Frankfurter Flughafens so genau

wie möglich bestimmen. Denn das Interesse des für Grenzwerte zuständigen Bundes, diese Forschungslücke zu schließen, hielt sich bislang leider in Grenzen.“

„Bislang gibt es weder gesicherte medizinische Erkenntnisse noch Grenzwerte für die Luftbelastung mit Ultrafeinstaubpartikeln“, so Hinz und Al-Wazir. „Mit unseren Forschungsergebnissen hoffen wir aber, die bisherige unbefriedigende Situation zu durchbrechen: Weil die gesundheitlichen Auswirkungen noch weitgehend unerforscht sind, gibt es bislang – anders als bei anderen Luftschadstoffen – keine Grenzwerte und deshalb auch keine verpflichtenden Messungen. Das wiederum führte dazu, dass mögliche Zusammenhänge zwischen UFP-Belastungen und dem möglichen Auftreten von Erkrankungen kaum erforscht werden können.“

Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) führt seit September 2017 Messungen der Anzahlgrößenverteilung von Partikeln in der Luft an zwei Standorten, Raunheim und Frankfurt-Schwanheim, durch. Mit diesen Messungen soll untersucht werden, wie hoch die Ultrafeinstaub-Belastung im Umfeld des Flughafens Frankfurt ist und ob der Flughafen als Quelle für ultrafeine Partikel in Frage kommt. Als ultrafeine Partikel (UFP) werden alle Partikel mit einem Durchmesser kleiner 100 Nanometern (nm) bezeichnet. Ihre gesundheitlichen Wirkungen sind noch nicht abschließend geklärt. Beispiele für andere UFP-Quellen sind der Straßenverkehr, Kraft- und Fernheizwerke, Abfallverbrennungsanlagen sowie natürliche Quellen. Viele Fragen zu Ausmaß und Auswirkungen verschiedener Quellen müssen erst noch weiter erforscht werden.

Was sind die wichtigsten Messergebnisse?

Die bisherigen Messungen zeigen, dass an beiden Messstationen (Raunheim und Frankfurt-Schwanheim) tagsüber sehr hohe Konzentrationen insbesondere von sehr kleinen Partikeln (mit Durchmessern von etwa 10 nm bis 30 nm) auftreten, sobald der Wind aus Richtung des Flughafens weht. Kommt der Wind während der Nachtstunden aus Richtung Flughafen, sind die Partikelkonzentrationen nicht signifikant höher als bei Wind aus anderen Richtungen. Die gemessene UFP-Gesamtkonzentration in Raunheim ist bspw. vergleichbar mit der UFP-Gesamtkonzentration an verkehrsreichen Straßen in Dresden und Leipzig, wo ebenfalls Messungen durchgeführt wurden.

Al-Wazir und Hinz: „Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Betrieb auf dem Flughafengelände einen Beitrag zu UFP-Belastungen leistet. Belege, dass auch Überflüge unterhalb einer bestimmten Höhe als relevante Quelle für UFP am Boden in Betracht kommen, lassen sich aus den bisherigen Auswertungen nicht ableiten. Raunheim wird direkt überflogen, Schwanheim nicht.“

Diesen Hinweisen soll nun nachgegangen werden – mit weiteren detaillierten Auswertungen. Dies betrifft zum Beispiel Abhängigkeiten der Schadstoffkonzentration von den saisonalen, wochen- und tageszeitbedingten Schwankungen der Verkehrsmengen am Flughafen oder Abgleiche mit Tagen mit deutlich reduzierter Verkehrsmenge (z.B. Streiktage am Flughafen). Außerdem soll an weiteren Standorten gemessen werden, um zu prüfen, ob Überflüge unterhalb

einer bestimmten Höhe einen möglichen Beitrag leisten. „Für endgültige Aussagen ist es noch eindeutig zu früh“, so die Minister.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Messungen in Raunheim und Frankfurt-Schwanheim sollen weitergeführt und in Kürze noch durch mindestens eine weitere mobile Station ergänzt werden. Ziel ist es, unter anderem, den Einfluss des Flugverkehrs besser von dem des Kfz-Verkehrs oder anderer Quellen differenzieren zu können.

Die Ergebnisse werden jetzt zudem der Wirkungsforschung zur Verfügung gestellt, um zu untersuchen, ob und wenn ja welche gesundheitlichen Auswirkungen Ultrafeinstaubpartikel auf die Gesundheit haben. „In den kommenden Jahren wird das HLNUG die Konzentration, Größe und perspektivisch auch die Zusammensetzung von Ultrafeinstäuben verschiedener möglicher Quellen weiter untersuchen. Die Ergebnisse werden für mögliche europäische oder nationale Forschungsprojekte nutzbar gemacht sowie der Region zur Verfügung gestellt“, so der Präsident des HLNUG, Prof. Dr. Thomas Schmid.

Hinz: „Die ersten Zwischenergebnisse sind auffallend, aber sie sind kein Grund zur Panik. Und natürlich nehmen wir die Ergebnisse ernst: Deshalb werden wir die Untersuchungen nicht nur fortsetzen, sondern auch erweitern, um mehr Klarheit in diesem weitgehend unerforschten Gebiet zu bekommen.“

Neben der Fortsetzung der Messungen setzt sich das Land auch dafür ein, dass an weiteren wissenschaftlichen Grundlagenfragen gearbeitet wird. „Uns ist bewusst, dass im Vergleich zu anderen Schadstoffen oder Lärm bei UFP noch große und grundsätzliche Wissenslücken bestehen, deren Beantwortung mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird“, so die Minister. Sie forderten Bund und EU dazu auf, ihre Anstrengungen zur Förderung und Initiierung entsprechender Studien schnellstmöglich verstärken.

Al-Wazir: „Ich habe außerdem den Vorstand des Forums Flughafen und Region (FFR) gebeten, dass das FFR sich bei seinen Arbeiten intensiv mit der Frage befasst, ob und wie ggf. UFP-Belastungen vermindert werden können sowie welche gesundheitliche Wirkung sie haben. Mit der vom FFR beauftragten NORAH Studie haben wir bei der Wirkung von Lärm einen Meilenstein gesetzt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir dies in den kommenden Jahren auch im Bereich UFP, und zwar verkehrsträgerübergreifend, erreichen können“, so Minister Al-Wazir.

Das Land wird regelmäßig über den Fortschritt der Erkenntnisse berichten.

Der Zwischenbericht ist hier abrufbar: <https://www.hlnug.de/themen/luft/sonstige-berichte/ultrafeine-partikel.html>

Hintergrund:

Inwiefern der Luftverkehr im Rhein-Main-Gebiet einen Einfluss auf die Luftqualität hat, wird seit Jahren, und verstärkt seit der Eröffnung der Landebahn Nordwest im November 2011, diskutiert. Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), dessen Aufgabe es ist, die Luftqualität in Hessen auf der Grundlage der europäischen Luftqualitätsgesetzgebung zu überwachen, hat deshalb

in den letzten Jahren zahlreiche Untersuchungen durchgeführt und damit zur Versachlichung der Debatte beigetragen.

KONTAKT: Marco Kreuter, Pressestelle
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden,
TEL: 0611 815 2020 MAIL: marco.kreuter@wirtschaft.hessen.de
www.wirtschaft.hessen.de

Mischa Brüssel de Laskay, Pressestelle
Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz
Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden
TEL: 0611 815 1020 MAIL: Mischa.BruesseldeLaskay@umwelt.hessen.de
www.umwelt.hessen.de

Helmut Weinberger, Pressestelle
Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden,
TEL: 0611 6939 571 MAIL: helmut.weinberger@hlnug.hessen.de
www.hlnug.de